



Strafrechtspolitik der Russischen Föderation: Probleme, Lösungen, Zusammenarbeit mit inter- nationalen Organisationen

Einführung in das Problem

Russische Politiker, Juristen, Soziologen und die Öffentlichkeit insgesamt sind sich sehr wohl bewusst, dass die Veränderungen, die in der russischen Gesellschaft stattfinden, eine Konsolidierung wirtschaftlicher, politischer, wissenschaftlicher, organisatorischer, rechtlicher Anstrengungen erfordern, auch auf internationaler Ebene. Dafür ist die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Institutionen zur Umsetzung von Maßnahmen zur Sicherung der Rechte und Freiheiten der Bürger, des Eigentumsschutzes, der öffentlichen Ordnung, Kriminalitätsbekämpfung notwendig sowie die kontinuierliche internationale Zusammenarbeit.

Die Russische Föderation fördert konsequent die staatsrechtliche Modernisierung, aktualisiert gründlich die Strafrechtspolitik, die es ihr ermöglicht, systemischer und wissenschaftlich fundierter zu werden und auf die Bedürfnisse der Gesellschaft zu reagieren. Die politische Linie des Staates bei der Verbrechensbekämpfung sollte auf wissenschaftlichen Empfehlungen und theoretischen Entwicklungen der Rechtswissenschaft basieren, die existente, wenn auch teilweise fragwürdige, Rechtsanwendungspraxis berücksichtigen, aber gleichzeitig die historische und logische Einheit bewahren.

Die russische Doktrin des Strafrechts hat im Prinzip einen einheitlichen Ansatz für das Verständnis der Strafrechtspolitik entwickelt: Strafrechtspolitik ist die zielgerichtete und wissenschaftlich fundierte Tätigkeit des Staates im Kampf gegen Kriminalität, es beinhaltet Prävention und Beseitigung der Ursachen der Entstehung von Kriminalität, basierend auf den Ausführungen der Verfassung und der Gesetze der Russischen Föderation. Strafrechtspolitik soll die dem Niveau der sozioökonomischen Entwicklung des Staates entsprechen, sowie dem Rechtsbewusstsein der Bürger, dem Zustand der Kriminalität und den Anforderungen der Rechtsstaatlichkeit Rechnung tragen, unterstützt durch die internationale rechtliche Zusammenarbeit und durch politische und sozioökonomische Maßnahmen sowie die Zivilgesellschaft².

¹ Korrespondentmitglied bei RAS, Leiter Institut für Staat und Recht, Moskau

² См.: А.Н. Савенков К вопросу о концепции уголовной политики. «Право и образование. Научный журнал», № 12, 2016, с. 60-69; Вопросы уголовной политики государства. «Пробелы в российском законодательстве. Юридический журнал», № 1, 2017, с. 163-171.



Der Begriff der Kriminalität und die gesellschaftliche Bedeutung ihrer Überwindung

Akademiker W. N. Kudryavtsev betrachtete Kriminalität als unvermeidbaren Bestandteil des öffentlichen Lebens, als eine Form des Verhaltens von Menschen, "die aus dem einen oder anderen Grund keine legalen Mittel für ihre Existenz verwenden können oder unter Missachtung der Normen von Recht und Moral kriminelle Existenz für unvergleichlich vorteilhafter als anderen Beruf halten"³. Er definierte als "einen der neuesten Trends in der Kriminalitätsbekämpfung und Kriminalitätskontrollpraxis: die Vereinigung von Strafverfolgungsbehörden verschiedener Länder zu einem einzigen internationalen System"⁴.

Seinerseits kam W. W. Luneew bei der Charakterisierung der in der heutigen Welt auftretenden kriminologischen und sozialrechtlichen Realien zu dem Schluss, dass "nun eine neue, eigentümliche und widersprüchliche Interaktion von Zivilisationen stattfindet, die sich vor dem Hintergrund der Beschleunigung von Prozessen der politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen sowie kriminellen Integration und Globalisierung entwickelt"⁵.

"Die Umwandlung der nationalen Kriminalität in transnationale Formen" ist unter diesen Bedingungen "ein unvermeidlicher Bestandteil der Globalisierung. Und diese Realität stellt strafrechtliche Wissenschaft und Kriminologie vor neue Herausforderungen. Notwendigerweise ist zu beachten, wie sich der historisch etablierter Prozess der Kriminalisierung menschlicher Beziehungen und der Bekämpfung der Kriminalität in absehbarer Zeit unter den Bedingungen der fortschreitenden modernen Globalisierung der Welt entwickeln wird, und wie in naher Zukunft der Prozess der Globalisierung selbst im Kontext der intensiv auf verschiedenen Ebenen wachsender Kriminalität und unterschiedlicher Formen ihrer strafrechtlichen Kontrolle verlaufen wird"⁶.

Globalisierung und Verbrechensbekämpfung

Bei der Definition der Globalisierung als eines der bedeutendsten Phänomene des gesellschaftlichen Lebens wird vieles erwähnt: die "erhöhte Dichte der Kommunikation zwischen Ländern und Regionen" und "ihre vertiefende Vernetzung und gegenseitige Abhängigkeit"⁷, "die Förderung der signifikanten Zunahme Internationaler Kontakte,... Internationaler Organisationen, der Verträge und der Vereinbarungen, transnationaler Konzerne"⁸, aber auch die "kolossale Instabilität", "wirtschaftlichen und politischen Kosmopolitismus" bis hin zur Verweigerung der nationalen Souveränität. Die Ansichten von namhaften russischen und westlichen Juristen sind sich nahe genug.

³ Стратегии борьбы с преступностью /В.Н. Кудрявцев. 2-е изд., испр. и доп. – М. : Наука, 2005, с. 34

⁴ То же издание, с. 45

⁵ Эпоха глобализации и преступность: монография/ В.В. Лунеев. – М.: Норма: ИНФРА – М, 2015, с.7 - 8

⁶ В.В. Лунеев. То же издание, с. 21

⁷ См.: В.Д. Зорькин. Цивилизация права и развитие России: монография /- 2-е изд., испр. и доп. – М.: Норма: ИНФРА-М, 2016, с. 253-256; В.Д. Зорькин. Право против хаоса: монография / 2-е изд., испр. и доп. – М.: Норма: ИНФРА-М, 2018, с. 48-51.

⁸ См.: С. Хантингтон. Кто мы? / Самюэль Хантингтон; [перевод с английского К.Королева] – Москва: Издательство АСТ, 2018, с. 351-359.



Wenn es um die Umsetzung der Normen des Völkerrechts geht, bis vor kurzem entsprach eine dogmatische Interpretation der Norm von Teil 4 Artikel 15 der Verfassung der Russischen Föderation der herrschenden Meinung russischer Juristen. Die sprach sich für die Priorität der internationalen Verträge über der nationalen Gesetzgebung aus.

Aufgeräumt mit dieser stereotypen Ansicht wurde mithilfe der Erklärung des Vorsitzenden des Verfassungsgerichts der Russischen Föderation W. Zorkin in seinen grundlegenden Werken "Zivilisation des Rechts und die Entwicklung Russlands" (S. 264) und "Das Recht gegen das Chaos" (S. 59). Er begründete seine Position so: "Ich glaube, dass die Teilnahme Russlands an verschiedenen internationalen Konventionen und Vereinbarungen auf globaler und regionaler Ebene nicht bedeutet, dass Russland dieser Ebene einen Teil ihrer Staatlichen Souveränität abtritt".

Die Bestimmung über die Priorität des nationalen Rechts ist in der russischen Verfassung eindeutig verankert. Das bedeutet, dass die internationalen Normen aufgrund der Vorherrschaft der Verfassung als Konkretisierung der Bestimmungen der Verfassung interpretiert werden müssen. Sie können nicht angewendet werden, wenn sie über die in der Verfassung verankerte rechtliche Bedeutung hinausgehen." Dieser Ansatz wird von dem Verfassungsrechtler A. A. Klishas geteilt⁹.

Bedeutung der Quellen des Völkerrechts für die russische Gesetzgebung

In der Rechtsgemeinschaft weltweit sind die Präzedenzfälle supranationaler Rechtsprechungsorgane als Quellen für eine verfassungsmäßige Auslegung der internationalen Rechtsnormen bereits seit Jahrzehnten bekannt und werden breit diskutiert. Sie beeinflussen aktiv dieses Segment der Realisierung der nationalen Souveränität in der Außenpolitik der Staaten¹⁰.

Die Russische Föderation ist als Nachfolgerin der UdSSR Vertragspartei aller großen Übereinkommen und internationalen Abkommen zur Kriminalitätsbekämpfung. Entsprechend wird die moderne kriminalrechtliche Politik des russischen Staates unter Berücksichtigung der internationalen Verpflichtungen, die sowohl von der Sowjetunion als auch von der Russischen Föderation übernommen wurden, geformt. Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, dass unser Staat stets als aktives Subjekt der internationalen Rechtsbeziehungen fungiert und immer wieder die Erschaffung wichtiger Rechtsdokumente auf internationaler Ebene eingeleitet hat.

Die Integration in das internationale Rechtssystem nach dem Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund 1934 hatte großen Einfluss auf die Politik der Kriminalitätsbekämpfung

⁹ См.: А.А. Клишас. Суверенитет. От борьбы за право к борьбе за суверенитет / - М.: Международные отношения, 2018, с. 120-130.

¹⁰ См.: The Clash of Civilizations? by Samuel P. Huntington/ Foreign Affairs Summer 1993. - http://history.club.fatih.edu.tr/103_Huntington_Clash_of_Civilizations_full_text.htm ; Jeremy A. Rabkin, Law Without Nations?: Why Constitutional Government Requires Sovereign States. Princeton University Press, 2005, p. 350; Steven Groves. Why Does Sovereignty Matter to America? - <https://www.heritage.org/american-founders/report/why-does-sovereignty-matter-america>



des Sowjetstaates. Ein besonders bedeutsamer Faktor war jedoch die führende Rolle der UdSSR bei der Gründung der Vereinten Nationen 1945 und des Internationalen Militärtribunals über die Hauptkriegsverbrecher Nazi-Deutschlands.

Die Rolle des Internationalen Militärtribunals bei der Sicherung der Weltordnung

Berechtigterweise erkennt das Internationale Militärtribunal die Aggression als das schwerste Verbrechen vom internationalen Charakter an. Zum ersten Mal in der Geschichte wurden die Führer des Staates als kriminelle Straftäter bestraft, die verantwortlich für die Vorbereitung, Entfesselung und Durchführung eines Angriffskriegs waren. In dieser Norm wurde das Prinzip der Verantwortung, gemäß dem "eine Position als Staatsoberhaupt oder hoher Beamter der Regierungsbehörden sowie die Tatsache, dass man auf Anordnung der Regierung oder gemäß einem verbrecherischen Befehl handelt, keinen Grund für die Entlastung von der Verantwortung darstellt" implementiert.

Es sollte betont werden, dass das Tribunal erklärt hat: "Verbrechen gegen das Völkerrecht werden von Menschen begangen, nicht von abstrakten Kategorien, und nur durch die Bestrafung von Personen, die solche Verbrechen begehen, können die Bestimmungen des Völkerrechts umgesetzt werden... Der Grundsatz des Völkerrechts, der unter bestimmten Umständen den Vertreter eines Staates schützt, kann nicht auf völkerrechtswidrige Handlungen angewendet werden".

Die völkerrechtlichen Grundsätze, die durch das Statut des Internationalen Militärtribunals anerkannt und in seinem Urteil enthalten sind, wurden durch die Resolution 95 (1) der UN-Generalversammlung vom 11. Dezember 1946 in Bekräftigung der Grundsätze des Völkerrechts, die durch die Satzung des Nürnberger Tribunals festgelegt wurden, bestätigt. Seine historische Rolle bestand darin, dass zum ersten Mal in der Geschichte der internationalen Beziehungen der Straffreiheit von Aggression und Aggressoren im Strafrechtlichen ein Ende gesetzt und dadurch die Grundlage des heutigen Völkerrechts geschaffen wurde. Das heute noch gültige System internationaler Normen, die nicht nur für Staaten, sondern auch für die Menschen, die sie regieren, verbindlich sind. Der Tokio-Prozess, das Tribunal für das ehemalige Jugoslawien, das Ruanda-Tribunal und der Internationale Strafgerichtshof sind eine direkte Fortsetzung Nürnbergs.

Die Entscheidungen internationaler Gerichtsverfahren bildeten die Rechtsgrundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der UN-Konvention über die Vermeidung und Bestrafung des Völkermords, der Genfer Konventionen zum Schutz von Kriegsopfern und Dutzenden von anderen internationalen Konventionen, die gemeinhin als internationales Humanitäres Recht, internationales Sicherheitsrecht bezeichnet werden. Dies half das Wettrüsten, insbesondere im Nuklearbereich, erheblich zu reduzieren und in mehrfacher Hinsicht zu stoppen.

Die Rolle der UdSSR: Historischer Aspekt

UdSSR spielte eine große Rolle sowohl in der Vorbereitung der UN-Konventionen im Bereich der Bekämpfung verschiedener Arten von Verbrechen, als auch bei der Vorbereitung



der Konventionen bzgl. der Organisation der Ermittlungen, Durchführung von Gerichtsverfahren und Verurteilung, Erbringung internationaler Rechtshilfe. Die Unterzeichnung und Ratifizierung zahlreicher internationaler Abkommen in der Zeit vor dem Zerfall der UdSSR wurden konsequent umgesetzt, sobald sie im Rahmen der UNO angenommen wurden. Seit Dezember 1949 hat die UdSSR viele UN-Konventionen unterzeichnet¹¹.

Bei den russischen Strafverfolgungsbehörden und im Rahmen Rechtsprechung finden folgende Dokumente breite Anwendung: die "Reihe von Grundsätzen für den Schutz aller Personen, die jeder Form von Haft oder Inhaftierung ausgesetzt sind," genehmigt durch die UN-Generalversammlung (Resolution 43/173 vom 9. Dezember 1988)¹², und "grundlegende Grundsätze zur Behandlung von Häftlingen", die von der Generalversammlung in der Resolution 45/111 vom 14. Dezember 1990¹³ angenommen wurden.

Ferner setzte die Russische Föderation die Politik des Sowjetstaates internationale normative Rechtsakte im Bereich der Verbrechensbekämpfung in nationales Recht zu integrieren fort und unterzeichnete am 12. Januar 1998 das Internationale Übereinkommen „über die Unterdrückung der terroristischen Bombenanschläge“ vom 15. Dezember 1997.¹⁴ Am 7. Mai 1999 unterzeichnete die RF die UN-Konvention „über die Geldwäsche, die Auffindung, die Beschlagnahme und die Konfiskation der Erlöse aus Straftaten“, sowie viele andere von der Weltgemeinschaft vorbereitete und genehmigte Rechtsakte¹⁵.

Es muss jedoch leider auch darauf hingewiesen werden, dass eine Reihe von internationalen Rechtsnormen lange Zeit vom sowjetischen Recht nicht übernommen wurden. Das lag an der Position der Führung des Landes zur unerwünschten Umsetzung internationaler Verpflichtungen auf nationaler Ebene, auch aus politischen Gründen aufgrund der Klassenideologie des Staates. So wurden die Ratifizierung und das Inkrafttreten bestimmter Bestimmungen der UN-Übereinkommen erheblich verzögert. So hat die Sowjetunion beispielsweise das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 nicht ratifiziert, das unter anderem Fragen der Strafgerichtsbarkeit an Bord eines ausländischen Schiffes regelt. Und sogar später, bei der doch noch erfolgten Ratifizierung, hat das föderale Gesetz vom 26. Februar 1997 Nr. 30-FZ den Vorbehalt eingeführt, gemäß dem die Russische Föderation die in diesem Übereinkommen vorgesehenen Verfahren in manchen Streitigkeiten bzgl. der Delimitation der Grenzen nicht akzeptiert, die eine bindende Wirkung für die Parteien hätten.

Russlands Beziehungen zum Europarat

Nach dem Beitritt Russlands zum Europarat und der Verabschiedung des föderalen Gesetzes Nr. 19-FZ "Über den Beitritt der Russischen Föderation zur Charta des Europarates"¹⁶ und "Über den Beitritt der Russischen Föderation zum allgemeinen Abkommen über

¹¹ Сборник действующих договоров, соглашений и конвенций, заключенных СССР с иностранными государствами. Вып. XXXIII.- М., 1979. С. 90-94.

¹² http://www.un.org/ru/documents/decl_conv/conventions/detent.shtml

¹³ http://www.un.org/ru/documents/decl_conv/conventions/prisoners_treatment.shtml

¹⁴ Бюллетень международных договоров. 2003. № 5.

¹⁵ Бюллетень международных договоров. 2008. № 12. С. 5 - 18.

¹⁶ Собрание законодательства Российской Федерации. 1996. № 9. Ст. 774.



Privilegien und Immunitäten des Europarates und seiner Protokolle“ am 23. Februar 1996¹⁷, begann der Prozess der Aufnahme von europäischen Rechtsvorschriften im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung in die russische Gesetzgebung. Eine Reihe von Konventionen des Europarates wurde in kurzer Zeit unterzeichnet und ratifiziert. Aber der Prozess ihrer Umsetzung nahm mehr Zeit in Anspruch, da oft nicht nur die Wahrnehmung durch die Rechtswissenschaft und die politischen Macht gefordert waren, sondern ihre Einbeziehung in die nationale Gesetzgebung durch neue Gesetze im vorgeschriebenem Gesetzgebungsverfahren. Dies lässt vermutlich auch den Umstand erklären, dass bis heute die Russische Föderation eine Reihe wichtiger internationaler Abkommen im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung nicht unterzeichnet hat und ihnen nicht beigetreten ist. Das Übereinkommen über Insider-Transaktionen vom 20. April 1989¹⁸, die gegenseitige Unterstützung in Strafsachen, bei denen es um Insiderhandelsdelikte geht vorsieht; das Internationale Übereinkommen gegen die Rekrutierung, Einsatz, Finanzierung und Ausbildung von Söldnern vom 4. Dezember 1989¹⁹; Das Internationale Übereinkommen zum Schutz der Rechte aller Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund und ihrer Familienangehörigen vom 18. Dezember 1990²⁰; Das Übereinkommen über den Umweltschutz durch das Strafrecht vom 4. November 1998²¹; Das Übereinkommen des Europarates zur Bekämpfung des Menschenhandels vom 16. Mai 2005²²; Internationales Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor erzwungenem Verschwinden vom 20. Dezember 2006²³.

Besonderer Bedeutung erlangt heute die Konvention „über die Computerkriminalität und Gewährleistung der Informationssicherheit“ (ETS Nr. 185 geschlossen am 23. November 2001 in Budapest (in der Fassung vom 28. Januar 2003)), sowie ein Zusatzprotokoll zum Übereinkommen über Cyberkriminalität in Bezug auf die Kriminalisierung von Handlungen rassistischer und fremdenfeindlicher Natur, die von Computersystemen betrieben werden. Dieser internationale Rechtsakt ist zweifellos von praktischem Interesse, da er Regeln enthält, die Änderungen des materiellen Strafrechts, des Strafverfahrens voraussetzen; aber auch Maßnahmen, einschließlich strafrechtlicher Sanktionen, sowohl für Einzelpersonen als auch für juristische Personen festlegen.

Die Russische Föderation ist jedoch kategorisch unzufrieden mit Artikel 32 Absatz (b), der den "grenzüberschreitenden Zugang" regelt und es so ermöglicht, dass die Geheimdienste

¹⁷ Собрание законодательства Российской Федерации. 1996. № 9. Ст. 775.

¹⁸ Convention on Insider Trading. <https://www.coe.int/en/web/conventions/full-list/-/conventions/treaty/130>

¹⁹ Действующее международное право. Т. 2.- М.: Московский независимый институт международного права. 1997. С. 812 - 819.

²⁰ Международная конвенция о защите прав всех трудящихся-мигрантов и членов их семей. Принята резолюцией 45/158 Генеральной Ассамблеи от 18 декабря 1990 года. http://www.un.org/ru/documents/decl_conv/conventions/migrant.shtml

²¹ Convention on the Protection of the Environment through Criminal Law. <https://www.coe.int/ru/web/conventions/full-list/-/conventions/rms/090000168007f3f4>

²² Council of Europe Convention on Action against Trafficking in Human Beings. <https://www.coe.int/ru/web/conventions/full-list/-/conventions/rms/090000168008371d>

²³ Международная конвенция для защиты всех лиц от насильственных исчезновений. Принята резолюцией 61/177 Генеральной Ассамблеи от 20 декабря 2006 года. http://www.un.org/ru/documents/decl_conv/conventions/disappearance.shtml



einiger Länder in die Computernetze anderer Länder eindringen und dort ohne Wissen nationaler Regierungen Operationen durchführen können. Seit 10 Jahren versucht die russische Seite, die europäischen Kollegen davon zu überzeugen, diese gegen die Grundsätze der staatliche Souveränität verstoßende Norm auszuschließen oder zu ändern, aber die Unterzeichnerstaaten, die von den Vereinigten Staaten unterstützt werden, weigern sich kategorisch, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Ein logischer Schritt für Russland in diesem Fall war die Weigerung, das Budapester Übereinkommen zu unterzeichnen.

Dennoch schlug die russische Seite 2011 einen Entwurf einer UN-Konvention „über die Bereitstellung internationaler Informationssicherheit“²⁴ vor. Das Wesen des Dokuments ist die Fixierung einer Reihe von Begriffen auf der Ebene des Völkerrechts. So z. B. des Begriffes der Informationskriege, Informationssicherheit, Informationswaffen, Terrorismus im Informationsraum und anderer, die bisher ausschließlich in wissenschaftlichen und publizistischen Werken existieren, aber nicht zu Kategorien des Völkerrechts geworden sind. Der russische Entwurf des Übereinkommens hat die Frage der Wahrung der Souveränität des Staates über seinen Informationsraum klar dargelegt. Es enthält Schutzbestimmungen gegen Aktionen im Informationsraum mit dem Ziel die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme eines anderen Staates zu untergraben oder mithilfe der psychologischen Behandlung der Bevölkerung die Gesellschaft zu destabilisieren. Die Arbeit in diese Richtung geht mit dem vollen Verständnis fort, dass Gegenmaßnahmen gegen Cyberkriminalität ein Problem von internationalem Ausmaß sind und die Gefahr der illegalen Nutzung von Informations- und Telekommunikationstechnologien im virtuellen Raum real und ernst ist.

So wird im Konzept der Außenpolitik der Russischen Föderation (Präsidentialdekret vom 30. November 2016 Nr. 640²⁵) festgestellt, dass für die moderne Welt das schnelle Wachstum des Niveaus, und die Erweiterung des Charakters und der Geographie solcher transnationalen Herausforderungen und Bedrohungen wie Cyberkriminalität gekennzeichnet ist. Im Zusammenhang mit den genannten Herausforderungen und Bedrohungen gibt es in Russland eine Tendenz zur aktiven Entwicklung des Systems der strategischen Planungsdokumente, die auf die Bekämpfung der Cyberkriminalität abzielen. In Übereinstimmung mit dem föderalen Gesetz "über die strategische Planung in der Russischen Föderation"²⁶ wurden eine neue nationale Sicherheitsstrategie der Russischen Föderation²⁷ und die Doktrin der Informationssicherheit formuliert und durch die Dekrete des Präsidenten der Russischen Föderation gebilligt. Noch früher trat „die Grundlage der staatlichen Politik der Russischen Föderation im Bereich der internationalen Informationssicherheit für den Zeitraum bis 2020“²⁸ in Kraft.

²⁴ http://www.mid.ru/foreign_policy/official_documents/-/asset_publisher/CptlCk6BZ29/content/id/191666

²⁵ См.: Собрание законодательства РФ. 2016. № 49. Ст. 6886.

²⁶ См.: Российская газета. 2014. 3 июля.

²⁷ См.: Собрание законодательства РФ. 2016. № 1 (Ч. II). Ст. 212.

²⁸ Утверждены Президентом РФ 24 июля 2013 г. № Пр-1753 (см.: <http://www.scrf.gov.ru/> (По сост. на 24.04.2018 г.)).



Die Frage der Grundprinzipien der rechtlichen Gewährleistung von Informationssicherheit bei stetiger Entwicklung des Cyberspace hat nicht nur wissenschaftliche Bedeutung, sondern auch einen praktischen, angewandten Wert. Im globalen Risikobericht 2016²⁹, der als Ergebnis des Wirtschaftsforums in Davos erstellt wurde, ist nun von folgenden Bedrohungen für die Weltwirtschaft die Rede: critical information infrastructure breakdown, cyberattacks, adverse consequences of technological advances, data fraud or theft.

Der Interpolpräsident äußerte sich bereits häufig in diesem Kontext³⁰. Nach seinen Einschätzungen werden in der Welt jährlich ca. 170 Millionen cyber-Verbrechen begangen mit einem daraus entstehenden Schaden von über 445 Milliarden Dollar. Dabei sind die Ermittlungserfolge sehr bescheiden und erfassen ca. ein Tausendstel der begangenen Verbrechen.

Experten der Sber-Banks der RF behaupten, dass der Schaden von Attacken der Cyberkriminellen 2018 zwei Trillionen Dollar weltweit erreichen kann³¹. Die Ergebnisse der Studien des Analysezentrum Cybersecurity Ventures sprechen von bis zu sechs Trillionen Dollar bis 2021³².

In vielen Fällen der Implementierung wurden die Rechtsinteressen der RF und ihrer Strafverfolgungsbehörden nicht berücksichtigt, was die Effizienz der internationalen Zusammenarbeit geringer machte. So wurde bei der Ratifikation der Europäischen Konvention „über die gegenseitige Hilfe bei Strafsachen“ (Nr. 193-FZ vom 25.10.99) nur Gerichte und Staatsanwaltschaften erwähnt, das Ministerium für Inneres aber nicht, was die Zusammenarbeit mit manchen sich an den Wortlaut haltenden Staaten ungünstig behindert und dazu der nationalen Gesetzgebung der RF widerspricht (z.B. Akt des Präsidenten der RF Nr.458-rp). Diese aufgetretenen Missstände könnten bei der Vorbereitung der Dokumente durch Russland zur Unterzeichnung des zweiten Zusatzprotokolls zur genannten Konvention beseitigt werden.

Dem Eintritt in bestimmte internationale Abkommen stehen erhebliche Unterschiede in der nationalen und internationalen Gesetzgebung in einigen der Hauptfragen entgegen. So sieht das Europäische Übereinkommen über die Überwachung auf Bewährung verurteilten oder auf Bewährung entlassenen Straftätern vom 30. November 1964³³ die Möglichkeit vor, dass der Täter das Gebiet eines Staates, der Konventionspartei ist und dessen Gericht ihn verurteilt hat, verlässt und seinen Wohnsitz in einen anderen Konventionsstaat verlagert und sich unter die Aufsicht der Behörden dieses anderen Staates begibt. Diese

²⁹ The Global Risks Report 2016 11th Edition//<http://www3.weforum.org/docs/Media/TheGlobalRisksReport2016.pdf> P. 4 (Дата обращения: 20.06.2017 г.).

³⁰ Об этом он заявил 4 июля 2017 г. на открытии в Сингапуре международной конференции Интерпола "Инновационное содействие противодействию угрозам безопасности". Из выступления на 86-й Генассамблее Интерпола в Пекине (26 – 29 сентября 2017). Цитируется по информации ТАСС: - <http://tass.ru/mezhdunarodnaya-panorama/4384910>

³¹ См.: <http://www.tass.ru/ekonomika/3668896> (Дата обращения: 22.06.2018 г.).

³² См.: 2016 Cybercrime Report // <http://cybersecurityventures.com/hackerpocalypse-cybercrime-report-2016> (Дата обращения: 17.06.2018 г.).

³³ Сборник документов Совета Европы в области защиты прав человека и борьбы с преступностью. - М.: СПАРК, 1998. С. 197 - 206.



Regulierung widerspricht der Idee der Bestrafung auf Bewährung nach russischem Recht, die das Recht des Verurteilten auf Änderung seines Wohnortes, der Arbeit, des Studiums ohne Benachrichtigung einer spezialisierten staatlichen Körperschaft einschränkt um Kontrolle über das Verhalten einer auf Bewährung verurteilten Person zu bewahren.

Das Europäische Übereinkommen über die internationale Gültigkeit von strafrechtlichen Urteilen vom 28. Mai 1970³⁴ sieht vor, dass für ein Verbrechen verurteilte Personen einem anderen Staat nicht nur zur Verbüßung der Freiheitsstrafe (wie in Kapitel 55 der Strafprozessordnung der RF vorgesehen), sondern auch zur Einforderung der Geldstrafe, Umsetzung der Konfiskation und Entziehung der Rechte übergeben werden können.

Die Bestimmungen des Europäischen Übereinkommens über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Schusswaffen durch Privatpersonen vom 28. Juni 1978³⁵ weichen von den Anforderungen des föderalen Gesetzes vom 13. Dezember 1996 Nr. 150-FZ "Über Waffen"³⁶ bzgl. der Gewährung der Rechte zur Umsetzung von Schusswaffen an natürliche Personen ab.

Merkmale der postsowjetischen, russischen Entwicklung des staatlichen Rechtssystems

Diese Phase ist durch die hohe Aktivität der internationalen Zusammenarbeit der Russischen Föderation im rechtlichen Bereich in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts geprägt. Dies hat nicht nur zum Durchdringen des russischen Rechts durch internationales Recht beigetragen, sondern auch den Zugang der internationalen Rechtsinstitutionen begünstigt.

So hat das föderale Gesetz vom 30. März 1998 Nr. 54-FZ³⁷ die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950³⁸ ratifiziert, die den Schutz der Rechte und Grundfreiheiten der Vertragsstaaten auf internationaler Ebene, die Durchsetzung des Übereinkommens und die Erfüllung der Verpflichtungen der Mitgliedstaaten des Europarates vorsieht. Die Einhaltung des Übereinkommens hat eine wichtige rechtliche und politische Bedeutung, da die Russische Föderation offiziell erklärt hat, dass sie die im Rechts- und Sozialstaat allgemein akzeptierten Standards und humanitären Werte wie das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person, faires Verfahren und wirksame Rechtsmittel, Folterverbot und nicht-gesetzliche Bestrafung usw. teilt. Indem Russland Mitglied des Übereinkommens wurde, hat es sich auch dazu verpflichtet, dafür zu sorgen, dass alle Personen, die in seiner Zuständigkeit stehen, die in diesem internationalen Gesetz festgelegten Rechte und Freiheiten strikt einhalten. Gleichzeitig erforderte das trotz der Tatsache, dass der Sowjetstaat früher die oben genannten Prioritäten voll und ganz teilte, die Einführung erheblicher Anpassungen sowohl in den normativen Rechtsakten in diesem Bereich, z.B. bei Verfahren wegen Verhaftung, Inhaftierung und

³⁴ Международное частное право. Сборник документов. - М.: БЕК, 1997. С. 764 - 780.

³⁵ Сборник документов Совета Европы в области защиты прав человека и борьбы с преступностью. - М.: СПАРК, 1998. С. 140 - 147.

³⁶ Российская газета. 1996. № 241.

³⁷ Российская газета. 1998. № 67.

³⁸ Собрание законодательства Российской Федерации. 2001. № 2. Ст. 163.



Inhaftierung von Personen, die im Verdacht stehen, eine Straftat begangen zu haben, als auch bei der Art und Weise der Arbeit staatlicher Stellen.

In diesem Zusammenhang wird in Artikel 2 des Ratifizierungsgesetzes des Übereinkommens ausdrücklich festgelegt, dass der föderale Haushalt ab 1998 die Kosten für das Anpassen des Gerichtssystems, des Strafvollzugssystems, der Justizbehörden, der Staatsanwaltschaft und der Behörden für innere Angelegenheiten bereit halten soll, um die Strafverfolgungspraxis in vollem Umfang den Verpflichtungen der Russischen Föderation, die sich aus der Teilnahme an der Konvention ergeben, anzupassen.

Abschaffung der Todesstrafe und rechtliche Konflikte

Im Zusammenhang mit dieser Frage ist die Situation mit der Umsetzung der Bestimmungen des Protokolls Nr. 6 zum genannten Übereinkommen, der die Abschaffung der Todesstrafe vorsieht, und der gemäß dem Dekret des Präsidenten der Russischen Föderation vom 27. Februar 1997 Nr. 53-Rp³⁹ unterzeichnet wurde, bemerkenswert. Sie ist nun für mehr als 40 Mitgliedstaaten des Europarates in Kraft getreten. Die Russische Föderation hat das Protokoll jedoch nicht ratifiziert, obwohl sie verpflichtet ist, dies bis spätestens 28. Februar 1999, drei Jahre nach dem Beitritt zum Europarat, zu tun. Der Entwurf des Gesetzes Nr. 99077740-2 "über die Ratifizierung des Protokolls Nr. 6 zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten" (über die Abschaffung der Todesstrafe vom 28. April 1983) wurde vom Präsidenten der Russischen Föderation im August 1999 eingebracht. In der Begründung des Gesetzentwurfs wurde insbesondere festgestellt, dass die Abschaffung der Todesstrafe nicht nur eine Forderung des Europarates ist, sondern eines der Ziele der Justiz- und Rechtsreform darstellt, die in Russland durchgeführt wird. Die vorübergehende Natur der Todesstrafe, die sich aus den Bestimmungen von Artikel 20 der Verfassung der Russischen Föderation und das entsprechende Dekret des Präsidenten der Russischen Föderation⁴⁰ ergibt, wurde zusätzlich betont.

Darin wurde den Kammern der Bundesversammlung der Russischen Föderation empfohlen bei der Prüfung des Entwurfs des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation die Frage der Verringerung der Verbrechenstatbestände zu diskutieren, für die die Todesstrafe überhaupt verhängt werden kann.

Durch die Entscheidung des Verfassungsgerichts der Russischen Föderation vom 2. Februar 1999 Nr. 3-P⁴¹ wurde ein Moratorium für die Verhängung von Todesstrafen durch die Gerichte eingeführt. Dies sollte solange andauern bis das entsprechende Gesetz in Kraft tritt, der Beteiligung von Geschworenen in den entsprechenden Strafsachen vorsieht. Gemäß Artikel 6 des föderalen Gesetzes vom 18. Dezember 2001 Nr. 177-FZ "Über die Verabschiedung der Strafprozessordnung der Russischen Föderation"⁴² sollte die Einführung von Geschworenenprozessen in der gesamten Russischen Föderation bis zum 1. Januar

³⁹ Собрание законодательства Российской Федерации. 1997. № 9. Ст. 1092.

⁴⁰ Собрание законодательства Российской Федерации. 1996. № 21. Ст. 2468. vom 16. Mai 1996 Nr. 724 ergibt, "über die allmähliche Verringerung der Todesstrafe Hinrichtungen im Zusammenhang mit dem Beitritt zum Europarat "

⁴¹ Вестник Конституционного Суда Российской Федерации. 1999. № 3.

⁴² Собрание законодательства Российской Федерации. 2001. № 52. Ст. 4924.



2003 abgeschlossen sein. Dann erfolgten aber mehrere Änderungen in zeitlicher Hinsicht⁴³.

Die Auswirkungen der Entscheidungen des EGMR in Beschwerdefällen russischer Bürger auf die Strafpolitik der Russischen Föderation

Sie erfolgt durch die Anerkennung gesonderter gesetzlicher Bestimmungen des russischen Straf- und Strafprozessrechts als konventionswidrig. So hat der EGMR wiederholt darauf hingewiesen, dass die Schwere des Vorwurfs nicht die einzige Grundlage für die Inhaftierung von Personen sein sollte, die verdächtigt oder beschuldigt werden Straftaten begangen zu haben⁴⁴. In den Beschlüssen wurde auch darauf hingewiesen, dass bei der Prüfung der Inhaftierung einer Person zunächst die Möglichkeit der Anwendung von anderen Maßnahmen, die nicht mit Freiheitseinschränkung verbunden sind, insbesondere Kautions zu berücksichtigen ist.

Um die gerichtliche und investigative Praxis diesen Anforderungen anzupassen und die Berücksichtigung der Rechtsprechung des EGMR in die Praxis umzusetzen hat der Plenums des Obersten Gerichts der Russischen Föderation am 19. Dezember 2013 die Verordnung 41 "über die Rechtsanwendungspraxis der Gerichte bzgl. der Gesetze über Maßnahmen in Form von Freiheitsbeschränkung, Hausarrest und Kautions"⁴⁵ verabschiedet und damit zur Klärung der Rechtslage in diesen Fragen beigetragen indem die rechtlichen Modalitäten der Praxis im Einklang mit Anforderungen des EGMR erläutert wurden.

Schlussfolgerungen

Trotz der breiten Integration des Rechtssystems der Russischen Föderation und der Existenz der verschiedenen internationalen Institutionen bleibt das wichtige Prinzip der russischen Strafrechtspolitik ihre Souveränität und die Vorherrschaft der Verfassung der Russischen Föderation. Zu ihrem Kernelement gehört die Unzulässigkeit der Vollstreckung von Rechtsentscheidungen, die mit den verfassungsrechtlichen Grundlagen des Staates nicht vereinbar sind. Genau solche Entscheidungen waren der Grund für die Gruppe der Abgeordneten der Staatsduma der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation das Verfassungsgericht der Russischen Föderation anzurufen und einen Antrag auf Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der Bestimmungen russischer Rechtsakte in dem Teil, in dem sie die Legislative, die Exekutive und die Justiz verpflichten, die Urteile des EGMR bedingungslos umzusetzen, auch wenn sie der Verfassung der Russischen Föderation widersprechen.

Aus der Rechtsposition des Verfassungsgerichts der Russischen Föderation, die in der Verordnung vom 14. Juli 2015 Nr. 21-p⁴⁶ dargelegt ist, ergibt sich, dass die Bestimmungen

⁴³ Собрание законодательства Российской Федерации. 2002. № 52 (ч. 1). Ст. 5137. vom 27. Dezember 2002, Nr. 181-FZ

⁴⁴ См. Постановление Европейского Суда от 1 марта 2007 г. по делу «Белевицкий против Российской Федерации».

⁴⁵ Российская газета. 2013. № 294.

⁴⁶ Собрание законодательства Российской Федерации. 2015. № 30. Ст. 4658.



der Artikel 4, 15 und 79 der Verfassung, die ihre Souveränität, Vorherrschaft und höchste Rechtskraft verankern, Priorität der Verfassung der Russischen Föderation vor einem internationalen Vertrag oder einem Beschluss des EGMR festschreiben. Die internationalen Verpflichtungen dürfen nur innerhalb des russischen Rechtssystems umgesetzt werden, wenn sie die höchste Rechtskraft der russischen Verfassung anerkennen. Wenn der Beschluss des EGMR, der die Bestimmungen des Übereinkommens zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten auslegt, von den Grundsätzen und Regeln der russischen Verfassung abweicht, hat die RF das Recht, von der Erfüllung seiner Verpflichtungen und Umsetzung der Entscheidung Abstand zu nehmen.

Wie das Verfassungsgericht der Russischen Föderation in seiner Entscheidung feststellte, findet die beschriebene Position zu der eigenen Verfassungsordnung widersprechenden EGMR-Entscheidungen auch in der Praxis der anderen europäischen Vertragsstaaten statt, wenn sie Verfassungskonflikte feststellen (zum Beispiel die Resolution des Verfassungsgerichts der Bundesrepublik Deutschland vom 14. Oktober 2004 im Fall 2BvR 1481/04, Entscheidungen des Verfassungsgerichts der Italienischen Republik vom 19. November 2012 im Fall Nr. 264 /2012 und 22. Oktober 2014 Nr. 238/2014, Beschluss des Verfassungsgerichts der Republik Österreich vom 14. Oktober 1987 Nr. B267/86, Beschluss des Obersten Gerichtshofs des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland vom 16. Oktober 2013).

Nach der Entscheidung des Verfassungsgerichts der Russischen Föderation wurde ein Rechtsmechanismus entwickelt, um die Frage der Möglichkeit der Umsetzung der EMRK-Urteile zu klären, wonach eine solche Entscheidung ausschließlich vom Verfassungsgericht der Russischen Föderation auf Antrag des föderalen Exekutivgremiums entschieden werden kann. Das Gremium hat die Kompetenz die Interessen der Russischen Föderation zu schützen, wenn es um die Prüfung der EGMR-Entscheidungen geht, die gegen Russland ergangen sind⁴⁷.

Die Globalisierung erzeugt nicht nur Massenkommunikation und Kontakte in Wirtschaft, Politik, Recht und transnationale Kriminalität, sondern kann auch den Beziehungen einen aggressiven, räuberischen Charakter verleihen. Einzelne souveräne Staaten unterordnen ihre Innenpolitik bereitwillig internationalen Abkommen und supranationalen Institutionen, ohne zu bedenken, dass internationale Regulierung sowohl das Verfassungssystem als auch das System der Kriminalisierung und der Dekriminalisierung von Straftaten und der Verbrechensbekämpfung ernsthaft verzerren und in die falsche Richtung leiten kann.

Andere interessierte Staaten entwickeln aktiv ihre Konzepte der nationalen Verfassungsidentität und versuchen sie im Rahmen verschiedener nationaler und internationaler politischer und rechtlicher Institutionen umzusetzen.

Trotz der Tatsache, dass im Rahmen der Umsetzung der Strafrechtspolitik des Staates eine bedeutende Rolle der Umsetzung der internationalen Normen und Entscheidungen der internationalen Rechtsprechungsinstitutionen in der bestehenden Gesetzgebung zu-

⁴⁷ Федеральный конституционный закон от 14.12.2015 № 7-ФКЗ «О внесении изменений в Федеральный конституционный закон «О Конституционном Суде Российской Федерации» (Российская газета. 2015. № 284).



gewiesen wird, bleibt der bedeutendste Prinzip für die Umsetzung dieser Maßnahmen- die Bewahrung eines einheitlichen und ganzheitlichen Systems des nationalen Rechts, das auf den in der Verfassung der Russischen Föderation verankerten Grundbestimmungen beruht.